PRESSEINFORMATION

DIE **RODGAU**PARTEI

PRESSESPRECHER

Ulrich Jung

Leipziger Ring 185
63110 Rodgau
Fon: 06106 – 7 4227
Mobil: 01702444296
e-mail:
jung-rodgau@t-online.de

Soll mit Erhöhung der Grundsteuer B hauptamtlicher Stadtrat finanziert werden?

Der überraschende Antrag der Kooperation, die Grundsteuer B in Rodgau von 290 auf 330 Punkte zu erhöhen, lässt die Union aufmerken. Die Frage, ob mit dieser Erhöhung die Kosten für den hauptamtlichen Stadtrat beigetrieben werden sollen, den SPD, FDP, Grüne und FWG in der kommenden Stadtverordnetenversammlung wieder beschließen wollen, erscheint aus Sicht der Christdemokraten mehr als berechtigt.

Schließlich haben vor sechs Jahren insbesondere FWG und Grüne für die Abschaffung der hauptamtlichen Stelle mit dem Argument einer erheblichen Kosteneinsparung geworben. Der damalige Vorsitzende der SPD in Rodgau, Gerd Bender, hatte in der öffentlichen Debatte von mehreren 100.000 Euro Kosten für diese Stelle gesprochen.

Dazu passt nach Ansicht der CDU jetzt der Antrag auf Erhöhung der Grundsteuer B. Die Kooperation aus SPD, FDP, Grüne und FWG will damit Mehreinnahmen von 600.000 Euro pro Jahr realisieren. Hier soll offensichtlich das Argument der zusätzlichen Kosten dadurch entkräftet werden, dass man die Bürgerinnen und Bürger kräftig zur Kasse bittet.

Die CDU verweist darauf, dass die aktuelle Haushaltslage um ein Vielfaches dramatischer ist als im Jahre 2004. Für die Jahre 2009 und 2010 wird die Mehrheit von SPD, FDP, Grüne und FWG in der Stadtverordnetenversammlung mit einem Minus von rund 30 Millionen Euro umgehen müssen.

- 18 Februar 2010 -